



H. T. Siebel • Rütther Moor 41 • 23774 Heiligenhafen

Ortsverein Heiligenhafen
-Vorsitzender-

Dr. .med. H. Theodor Siebel
Rütther Moor 41
23774 Heiligenhafen
Tel.: 0 43 62 - 22 83
Fax: 0 43 62 - 50 49 74
E - Mail: Theodor.Siebel@t-online.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Telefon, Name

Datum

28.09.2014

Presseerklärung: Wann wird in Heiligenhafen die öffentliche Straßenbeleuchtung entsprechend des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt umgerüstet?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Sitzung der Stadtvertretung am 25.09.2014 ging es um die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung in Heiligenhafen. Hier hat die Heiligenhafener SPD gegen die Aufhebung des Beschlusses vom 20.03.2014 gestimmt, dass „*die Stadtwerke Heiligenhafen mit der Ausarbeitung und Umsetzung der Umrüstung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf Grundlage des vorliegenden zu aktualisierenden Straßenbeleuchtungskatasters zu beauftragen ist*“. Die SPD ist auch bei ihrer Begründung geblieben, nämlich die zügige Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes zu fördern. Dieses war auch das Ziel der gesamten Stadtvertretung am 20.03.2014 gewesen, weshalb sie dem Antrag der SPD einstimmig zugestimmt hatte.

In der Stadtvertretung vom 20.03.2014 hat die SPD Ihren Antrag außerdem unter anderem damit begründet, dass insbesondere der Fachbereich 4 Hoch- und Tiefbau, dem die Straßenbeleuchtung zuzuordnen ist, durch die Hochwasserschutzmaßnahme derart ausgelastet sei, dass zur kurz- mittelfristigen Umsetzung der beantragten energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung keine Kapazitäten vorhanden seien. Durch die zeitliche Verzögerung gingen nicht unerhebliche Einsparpotentiale verloren, die uns bei der derzeitigen Haushaltslage mehr als gut zu Gesicht stehen würden. Noch in der Hauptausschusssitzung vom 18.03.2013 hat der Bürgermeister empfohlen, die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes den Stadtwerken zu übertragen, was auch Sinn macht und für die SPD ein wesentliches Argument war, den Antrag zu stellen.

Dann aber änderte der Bürgermeister seine eigene Meinung. Er verlangte, die Ausführung der energetischen Sanierung der ihm direkt unterstellten städtischen Verwaltung, Fachbereich 4, zu übertragen. Aber der Tätigkeitsbericht des Fachbereiches 4 Hoch – und Tiefbau vom Juli 2014 zeigt, dass konkrete Umsetzungen der energetischen Sanierung noch auf sich warten lassen: Bis-
Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und versandt. Deshalb trägt es keine Unterschrift.

her wurden lediglich innerhalb der Verwaltung intensive Gespräche geführt und bei mehreren Herstellern Straßenlampen geordert, um ihre Funktionalität und Beleuchtungsstärke im Praxiseinsatz zu beurteilen. Ein Konzept zur Steuerung der gesamten Straßenbeleuchtung der Stadt Heiligenhafen und auch eine Kostenermittlung soll erst noch erstellt werden. Jedoch wurden bisher keine entsprechenden Finanzierungs- oder Förderanträge dieser Maßnahme in der Stadtvertretung noch in den Fachausschüssen gestellt. Zu allem Unglück ist jetzt auch noch die Stelle des Leiters des Fachbereichs 4 ab dem 01.10.2014 unbesetzt.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht hat unsere ursprüngliche Argumentation mehr als bestätigt, dass für die Umsetzung dieses Klimaschutzkonzeptziels bei der Stadtverwaltung keine Kapazitäten frei sind. Was liegt da näher, als diese Aufgabe dem Eigenbetrieb der Stadt, nämlich den Stadtwerken zu übertragen, zumal deren originäre Aufgabe die Energieversorgung der Stadt ist.

Nun aber will der Bürgermeister dem überlasteten Fachbereich 4 diese Aufgabe auch noch aufbürden. Welchen Grund mag das haben?

Anzumerken ist hier, dass die Stadtwerke ein Eigenbetrieb der Stadt sind. Dieser hat zwar eine eigene Werkleitung, ist aber als Eigenbetrieb direkt der Aufsicht des Bürgermeisters unterstellt. Sowohl beim Fachbereich 4 als auch bei den Stadtwerken kann der Bürgermeister Kraft seines Amtes direkten Einfluss auf die Arbeitsweise nehmen. Warum ist er denn trotzdem dagegen, dass die energetische Sanierung den Stadtwerken übertragen wird?

Wer die Presse des letzten Jahres aufmerksam gelesen und verfolgt hat, kennt die Gründe.

Bereits in der letzten Sitzung der Stadtvertretung gab der Bürgermeister ein sehr schönes Beispiel für juristischen Kleinkrieg am Rande, abseits der wesentlichen Aufgabengebiete. In epischer Breite wurde der Geschäftsführer der HVB angegriffen, weil es wieder einmal um die Parkraumüberwachung der von der HVB bewirtschafteten Parkplätze ging. Ein von der HVB aufgestelltes Verkehrsschild solle fälschlicherweise auf öffentlichem Grund und Boden stehen, obwohl es nur für die „privaten“ Parkplätze der HVB gilt. Als Beweismaterial präsentierte der Bürgermeister Fotos dieses Verkehrsschildes auf dem Steinwarter in der Öffentlichkeit. Um diese Posse auf die Spitze zu treiben, bedürfte es der Vermessung des in Rede stehenden Verkehrsschildes durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Vermessungsingenieurs. Nur so könnte geklärt werden, ob das von der HVB aufgestellte Verkehrsschild auch wirklich nicht auf HVB-Gelände steht, wie der Bürgermeister behauptet. Aber sind das die wirklichen Probleme eines Bürgermeisters oder geht es hier um etwas ganz anderes? Diese Ausführungen des Bürgermeisters mit Beweisfotos etc. haben bei nicht wenigen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern zum Fremdschämen für ihren Bürgermeister geführt, weil die ganze Angelegenheit nur peinlich war. Sollte es hier Klärungsbedarf geben, dann ist das am Telefon zu klären oder bei einer Tasse Kaffee, aber sonst nirgendwo.

Warum lehnt der Bürgermeister den ursprünglich einstimmig beschlossenen Antrag für die Stadtwerke ab? Hier drängt sich folgende Erklärung auf: Er will nicht, dass ein Geschäftsführer der HVB, der in Personalunion auch Werkleiter der Stadtwerke ist, diese Aufgabe zügig und erfolgreich umsetzt. Er empfindet beide Geschäftsführer der HVB als lästige Konkurrenz, die man auf jede erdenkliche Art und Weise und mit allen Mitteln in schlechtes Licht rücken muss. Mittelfristig könnten sie dann als Geschäftsführer abberufen werden um dann im zweiten Schritt die HVB als

städtischen Betrieb unter der Regie des Bürgermeisters Heiko Müller der Stadtverwaltung einzuverleiben. Wir erinnern uns alle an die vom Bürgermeister angezettelte Kampagne in der Presse, als es um den Verkauf der Hotelgrundstücke auf dem Steinwarder ging. Hier stand der Bürgermeister allerdings mit der Verunglimpfung und vernichtenden Kritik an der Geschäftsführung allein auf weiter Flur. Denn in der Sitzung am 18.02.2014 haben alle anwesenden Stadtvertreter per Akklamation den Geschäftsführern ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Denn die gleichberechtigten Geschäftsführer der HVB haben gemeinsam mit ihrem gesamten Team bewiesen, dass sie die ihnen erteilten Aufgaben erfolgreich umsetzen und verlässliche und nur im Sinne der Stadt handelnde Geschäftsführer sind: Siehe Promenade am Südufer des Binnen-sees, siehe neugestaltete Strandpromenade. Hier wurde der Kostenrahmen eingehalten und abgerechnet.

Uns geht es nicht um Machtgeplänkel oder Recht-Haben-Wollen, sondern um das Wohl der Stadt, dem sowohl der Bürgermeister als auch die Stadtvertreter verpflichtet sind. Wie das vom Bürgermeister bemühte Verwaltungsrecht zeigt, findet durch diesen zunächst angenommenen Antrag keinerlei Rechtsverletzung statt, die organisatorischen Möglichkeiten der Einflussnahme durch den Bürgermeister sind in beiden Konstrukten gleichermaßen vorhanden. Der Unterschied besteht aber darin, dass bei den Stadtwerken die Werkleitung von einem Geschäftsführer der HVB in Personalunion wahrgenommen wird. Dem Fachbereich 4 steht der Fachbereichsleiter vor. Nach dem Weggang des jetzigen Stelleninhabers muss diese Stelle neubesetzt werden, was sich schwierig gestaltet und auch zu einer weiteren erheblichen Verzögerung führen wird. Hier wurde die Entscheidung des Bürgermeisters wohl durch die negativen Emotionen gegen die HVB Geschäftsführer derart beeinflusst, dass die Umsetzung der Klimaschutzziele mit der Umrüstung der öffentlichen Straßenbeleuchtung noch auf sich warten lassen werden, was mit Sicherheit nicht zum Wohle der Stadt, aber möglicherweise zum Wohle der Emotionen des Bürgermeisters ist.

Im Sinne der zügigen und effizienten Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Heiligenhafen und der damit auch verbundenen Einsparpotentiale hatte die SPD auf eine weise Entscheidung des Verwaltungschefs gehofft. Bei so einem Machtpoker sagen wir nur: Nicht mit uns!

Mit freundlichen Grüßen

SPD Ortsverein Heiligenhafen

gez. Siebel

Dr. med. H. Theodor Siebel
(Vorsitzender und Pressesprecher)